

EU-Kommission will angeblich Geldwäsche stärker bekämpfen

Neuer Angriff aufs Bargeld

Der Feldzug gegen das Bargeld geht in die nächste Runde. Die EU-Kommission fordert nun eine einheitliche Bargeldobergrenze in Höhe von 10.000 Euro. Beträge darüber würden zur Terrorfinanzierung, Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung und Geldwäsche eingesetzt, heißt es zur Begründung. Allerdings gibt es keine überzeugenden wissenschaftlichen Belege für diese Behauptung.

Dennoch gibt es in den meisten EU-Ländern bereits Höchstgrenzen: In Griechenland liegt sie bei 500 Euro, in Kroatien bei 15.000 Euro. In Deutschland, Österreich, Luxemburg und Zypern gibt es allerdings noch keine. Um die ungeliebte Bargeldobergrenze auch dort schmackhaft zu machen, will Brüssel den Kauf und Verkauf von Gebrauchsgütern oder Wohnungskauttionen von der Bargeldobergrenze freistellen.

Doch das kann nicht beruhigen, denn letztlich verbirgt sich hinter dem neuen EU-Vorstoß nichts anderes als ein weiterer Schritt, um das Bargeld letztlich ganz abzuschaffen. Der 500-Euro-Schein wird seit 2019 nicht mehr in Umlauf gebracht – in der Schweiz wurde hingegen die 1.000-Franken-Note (umgerechnet 929 Euro) im selben Jahr erneuert. Selbst das Coronavirus wurde wegen angeblicher Infektionsrisiken aufgegeben, um vor der Bargeldverwendung abzuschrecken.

Die vielzitierten bösen Geschäfte, die angeblich mit Bargeld abgewickelt werden, dienen aber nur als manipulativer Vorwand, um gegen das Bargeld Front machen zu können. Denn das Bargeld steht den Machtphantasien der Politiker im Wege: Es sichert Bürgern und Unternehmern einen gewissen Grad an finanzieller Privatsphäre, die sie vor der Willkür und Habgier des Staates schützt. Jeder dritte Fünftelnderter wird laut EZB zu Hause aufbewahrt.

Bargeld ist ein Schutz vor dem totalen Überwachungsstaat. Wären erst einmal alle Zahlungen nur noch elektronisch durchführbar, wird der Bürger vollends gläsern. Wenn Bargeld als Zahlungsmittel umläuft, ist es den Bürgern möglich, ihre Guthaben aus dem Bankensektor abzuziehen und sich so gegen eine Pleite der Kreditinstitute abzusichern. Bargeld ist eine Versicherung gegen Zahlungsausfallrisiken.

Bargeld funktioniert auch in Notsituationen – etwa bei Naturkatastrophen und bei Stromausfall, in denen der Zugang zu elektronischen Zahlungen gestört ist. Und nicht zuletzt erlaubt es das Bargeld, der Enteignung durch einen Negativzins, den die Zentralbank zur Schuldenerleichterung erhebt, zu entkommen: Der Bürger kann sich seine Guthaben bar auszahlen lassen, und der Straßzins läuft ins Leere.

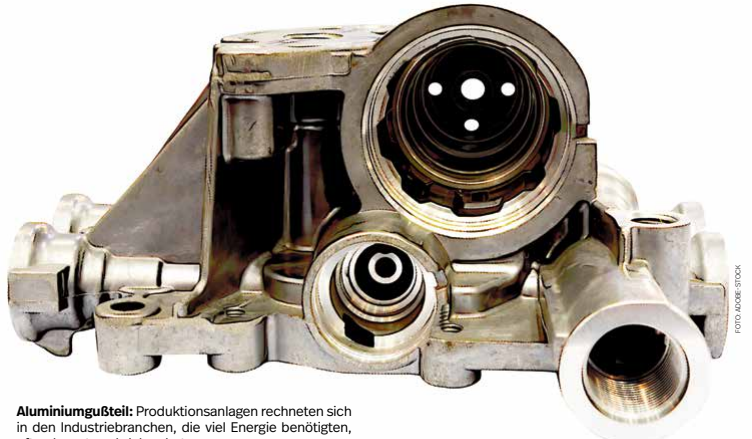
Die EU-Kommission hat also mit ihrem Vorschlag nicht das Wohl der Marktteilnehmer im Sinne: Sie ist von Motiven besetzt, die dem Staat immer weiter gespannte Macht über Bürger und Unternehmer geben sollen. Sie träumt bereits von einer neuen Behörde, die die Einhaltung der Bargeldobergrenze überwacht. Das bedeutet nicht nur Kontrolle und erhöhten Bürokratieaufwand für Bürger und Unternehmer, sondern auch Verzinsung und Bestrafung. Die Bürger sollten wissen: Das Zurückdrängen, das Abschaffen des Bargeldes öffnet die Tür zur Hölle. Es befördert das Entstehen eines allmächtigen Überwachungsstaates – und das wird sich als viel schlimmer für das Wohl der Menschen erweisen, als es die angeblich dunklen Geschäfte mit Bargeld jemals sein könnten.

Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Volkswirtschaftler und Präsident des Mises-Instituts.



von Thorsten Polleit

„Wären Zahlungen nur noch elektronisch möglich, würde der Bürger ganz gläsern.“



Aluminiumgussteil: Produktionsanlagen rechneten sich in den Industriebranchen, die viel Energie benötigten, oftmals erst nach Jahrzehnten

„Unglaubliche Dummheit“

Deindustrialisierung:
EU-Kommission verschärft
Klimaziele mit dem Programm
„Fit for 55“

ELIAS HUBER

Ludger Ohm sieht das Programm „Fit for 55“ mit großer Skepsis, das die EU im Juli verkündet hat. Bis zum Jahr 2030 sollen die CO₂-Emissionen um 55 Prozent sinken – im Vergleich zum Jahr 1990. Die Metallwerke Ohm & Häner im südwestfälischen Olpe-Friedrichshal produzieren seit 60 Jahren Alugußteile für Auto- und Maschinenbauer. Besonders die für 2026 angekündigte CO₂-Grenzabgabe (Carbon Border Adjustment Mechanism/CBAM) hält Ohm für einen „Bärendienst“, wie er im *Handelsblatt* erklärt.

Mit dem CBAM (JF 26/21) will die EU Produkte aus Ländern höher besteuern, die ihre Unternehmen nicht mit einer teuren „CO₂-Bepreisung“ belasten. Ohm befürchtet deutliche Preissteigerungen, weil er Aluminium aus Ländern von außerhalb der EU importiert. „Die höheren Kosten müßten wir an unsere Kunden weitergeben. Das würde unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Anbietern weiter schwächen“, sagt er und fügt hinzu: „Die Klimamaßnahmen führen zu Deindustrialisierung statt Dekarbonisierung.“

Das sieht Eric Heymann ähnlich. Der Analyst von Deutsche Bank Research berichtet in einer Untersuchung vom Juni, daß der Kapitalstock in den energieintensiven Industrien seit zwei Jahrzehnten schrumpft. Hauptgrund sei nicht der absolute Strompreis. Dieser sei noch „recht niedrig“ wegen der besonderen Ausnahmeregelungen beim Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) und dem EU-Emissionshandel (ETS). „Wichtig ist vielmehr die Unsicherheit der Unternehmen, ob diese Sonderregelungen auch in fünf, zehn oder mehr Jahren noch gelten“, schreibt Heymann.

Produktionsanlagen rechneten sich in den Industrien, die viel Energie benötigten, oftmals erst nach Jahrzehnten. Zahlen des Statistischen Bundesamts zeigen, daß das reale Nettoanlagevermögen zwischen 2000 und 2018 um zwölf Prozent im Bereich Chemie gesunken sei, um 19 Prozent

in der Metallerzeugung, um knapp 39 Prozent in der Baustoffindustrie und um 44 Prozent in der Papierherstellung. Pikant: Im Jahr 2000 wurde das EEG von der Schröder-Regierung verabschiedet und von den Merkel-Kabinetten ab 2005 verschärft.

Auch das Werk von Ludger Ohm leidet unter der „Energiewende“. Im Jahr 2006 entschied sich der Unternehmer, von fossilen Brennstoffen auf Strom umzustellen. Damals habe die Gießerei etwa 5,5 Cent pro Kilowattstunde gezahlt, berichtet Ohm. Heute sei der Preis eher zehn Cent höher. Jährliche Zusatzkosten von 2,4 Millionen Euro entstünden dem Unternehmen aufgrund der EEG-Umlage, Kraft-Wärme-Kopplung, Durchleitung und Offshore-Abgabe – und das bei einem Umsatz von 80 Millionen Euro. Schon jetzt liege die Vorsteuerrendite bei drei Prozent. „Steigen die Stromkosten um weitere zehn Cent pro Kilowattstunde, rutschen wir in die roten Zahlen“, schätzt Ohm.

Ist eine „klimaneutrale Produktion“ überhaupt praktisch umsetzbar?

„Es ist eine unglaubliche Dummheit, hier die Axt anzulegen“, warnt denn auch *Handelsblatt*-Industrieexperte Klaus Strammann. Denn der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung sei in Deutschland mit 23 Prozent so hoch wie nirgendwo sonst in Europa. Doch das EU-Programm „Fit for 55“ verlangt, die CO₂-Obergrenzen im EU-Emissionshandelssystem bis 2030 noch drastischer zu senken, als das bislang geplant war.

Das dürfte die Preise von CO₂-Zertifikaten weiter anheizen – sie stiegen zuletzt Hoch von über 50 Euro. Die kostenlosen Emissionszertifikate für die Luftfahrt wolle man schrittweise abschaffen und die Emissionen der Schifffahrt mit einbeziehen, heißt es in einer Mitteilung der EU. Dabei sanken die Emissionen in der Stromerzeugung und den energieintensiven Industrien in den vergangenen 16 Jahren um knapp 43 Prozent, gibt die EU zu.

Hinzu kommt nun noch die „grüne Inflation“. Es sei zu erwarten, daß der Preis für CO₂-Emissionsrechte weiter ansteigen wird. Der Analyst der Großbank Jacob Nell rechnet mit einer Verdoppelung des Preises auf 100 Euro pro Tonne: Das würde „eine kumulative Auswirkung auf die Stromkosten der Haushalte von zwölf Prozent haben“. Die Gesamtinflation würde um 0,35 Prozent steigen, wenn die Statistiker

Strom wie bisher zu drei Prozent im Warenkorb gewichteten. Nell geht allerdings davon aus, daß auf längere Sicht mehr Strom aus Wind und Sonne verfügbar sei. Doch der ist, anders als Atom-, Gas- oder Kohlestrom, nicht durchgehend verfügbar.

Vertreter der Stahlbranche zweifeln indes hinter vorgehaltener Hand, ob eine „klimaneutrale Produktion“ überhaupt umsetzbar ist. Selbst die „grüne“ Denkfabrik Agora Energiewende schätzt in der Studie „Klimaneutrale Industrie“, daß grüner Stahl mindestens 150 Euro pro Tonne teurer wäre als konventioneller Stahl. Bei einer durchschnittlichen Jahresproduktion von etwa 30 Millionen Tonnen Oxygenstahl und vollem Kostenausgleich bedeutete das Subventionen von 4,5 Milliarden Euro – pro Jahr und im günstigsten Fall, rechnet ein Branchenangehöriger vor. Dazu kämen die Kosten für die Umrüstung von Kohle-Hochöfen auf mit Wasserstoff betriebene Anlagen.

Laut einem Bericht der ARD-Tagesschau schätzt der Stahlkonzern Thyssenkrupp die Kosten auf zehn Milliarden Euro, der kleinere Hersteller Salzgitter auf drei Milliarden Euro. „Die Chinesen und Russen werden wohl bis auf weiteres mit Kohle produzieren“, stellt der Branchenangehörige resigniert fest. Auch ein Manager aus der Kunststoffindustrie schwant nichts Gutes. „Wir sehen im Konzern das Unheil leider mittel- bis langfristig auf uns zukommen.“ Und was wäre für die Weltklima gewonnen, wenn Deutschland bis 2045 – bei gleichzeitig steigender Weltbevölkerung – „klimaneutral“, aber deindustrialisiert wäre?

Die deutschen CO₂-Emissionen liegen laut dem aktuellsten EU-Report „Fossil CO₂ emissions of all world countries“ bei 1,8 Prozent – das entspricht dem Niveau des Iran (1,8 Prozent), der ebenfalls 83 Millionen Einwohner hat. Südkorea (51,7 Millionen Einwohner) kommt auf 1,7 Prozent, Rußland (143 Millionen) auf 4,7 Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes. China sorgt für 30,3 Prozent der Emissionen – Tendenz steigend. Auf die USA mit ihren 331 Millionen Einwohnern entfallen 13,4 Prozent, auf die EU mit ihren 448 Millionen Einwohnern nur etwa 7,7 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Und US-Präsident Joe Biden hat schon – diplomatisch höflich – anklagen lassen, daß er von einer CO₂-Grenzabgabe der EU nichts hält.

EU-Programm „Fit for 55“:
► eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52021DC0550
■ Kommentar Seite 2

Können fünf Euro Strafabgabe pro Paket den Innenstadthandel retten?

Lieber ordentlich bezahlen

Von Jörg Fischer

Seit Jahren sorgen sinkende Umsätze im stationären Handel für Leerstände in den Innenstädten. Kaufhäuser sind fast ausgestorben, selbst renommierte Filialisten müssen schließen. Ein Teil der drei Millionen Beschäftigten muß mit Arbeitslosigkeit rechnen. Nur Aldi, Edeka & Co. scheinen mithalten zu können: Frischware wollen die Kunden lieber selbst in Augenschein nehmen. Und wegen der Corona-Pandemie machen Versandhändler sowie Paket- und Liefersdienste immer bessere Geschäfte. „Wir brauchen Hürden für den Onlinehandel, insbesondere für die ganz großen Player wie Amazon, wenn wir das Gut der Innenstädte schützen wollen“, verlangt Raoul Roßmann, Sohn des Gründers und Gesellschafter der Drogeriekette Rossmann, im *Handelsblatt*.

Ähnlich wie einige Unionspolitiker schwärmt er von einer Paketsteuer. Auch „höhere Mehrwertsteuersätze“ seien denkbar, denn „wenn ich für ein online bestelltes Paket fünf Euro mehr bezahlen muß, als wenn ich die Produktstation erwerbe, dann überlege ich genau, ob es mir das wert ist“, so der 36jährige. Das sei „eine radikale Lösung, aber die einzige, die uns davor bewahrt, Milliarden in die Innen-

städte zu pumpen, beispielsweise um künstlich Mieten zu reduzieren“, glaubt der Rossmann-Geschäftsführer.

Doch bloß weil der Fiskus noch mehr Einnahmen bekommt, öffnet kein Laden zusätzlich. Im Gegenteil: Für das bequemere Einkaufenvoll wird die Steuer letztlich zähneknirschend gezahlt – ähnlich wie die „CO₂-Bepreisung“ zur „Klimarettung“. Denn milliardenschweren Amazon-Konzern tut das kaum weh. Aber was ist mit der deutschen Online-Konkurrenz von Cyberport, Otto oder Zalando? Die hat es denn noch schwerer. Und statt dem Staat mehr Geld zu geben, wäre es doch besser, die ausgebeuteten Mitarbeiter in den Versandzentren oder die Paketlieferanten endlich ordentlich zu bezahlen. Bei einem auskömmlichen Mindestlohn würde sich manche Lieferdienste von selbst erledigen. Warum sollen Kunden überhaupt zum Einkauf in die Großstädte kommen, wenn es dort zunehmend unangenehmer und gefährlicher wird? Wenn es dort keine oder nur teure Parkplätze gibt? Wenn kingfig sogar eine City-Maut fällig wird? Das wird dann nicht nur die verbliebenen Läden Kunden kosten, sondern auch Kinos oder Restaurants.

Holger Schmitt

„Die Umdeutung von existierenden Begriffen und ihre Verwendung als Kampfbegriffe ist eine linke Strategie, die dringend aufgedeckt werden muss.“

Was meinen Linke, wenn sie von Gerechtigkeit reden? Warum ist es problematisch, wenn die Schwelle, jemand als Nazi zu bezeichnen, immer weiter sinkt? Und stimmt der Eindruck, dass in letzter Zeit immer mehr von Rassismus die Rede ist?

Holger Schmitt untersucht die Brille, die die politische Linke (im weitesten Sinne) mit diesen und anderen Begriffen dem Leser oder Hörer aufsetzt. Er verwendet dazu umfangreiche Textsammlungen, sogenannte Korpora, um den tatsächlichen Gebrauch der einzelnen Wörter nachzuweisen und legt die Agenda, die hinter diesen Begriffen steht, offen.

Das Buch richtet sich an alle, die die allgegenwärtige Beeinflussung durch Sprache besser verstehen wollen. Dr. Holger Schmitt ist habilitierter Sprachwissenschaftler.



ISBN 978-3-87336-710-4
229 S., 16,80 €

Günter Johannsen

Dieses Buch wurde von einem Zeitzeugen geschrieben, der als Jugend-Diakon in Leipzig nichts anderes tun wollte, als gemeinsam mit Menschen für den Frieden zu denken, zu beten und zu arbeiten. Umständehalber bekam er dazu ab 1982 Raum und Gelegenheit in der durch die Friedliche Revolution berühmt gewordenen Leipziger Nikolaikirche.

Günter Johannsen ist der Begründer der Leipziger Montags-Friedensgebete in der Nikolaikirche. Hier begann im Geiste die Friedliche Revolution in der DDR. Zunächst waren es „nur“ Gebete, letztendlich aber der Beginn des Aufbegehrens gegen das Unrechtsregime DDR. Von hier zogen die Menschen über den Leipziger Ring und riefen: Wir sind das Volk! Nach der Wende ließen sich Andere als Revolutionäre feiern und die Lorbeeren ans Revers stecken. Johnny, so nannten ihn seine Freunde, längst als Jugenddiakon im Odebruch für seine Jungen Gemeinden tätig, hielt sich bescheiden im Hintergrund. Heute wird sein Name wenigstens auf einer der erklärenden Schautafeln in der Nikolaikirche erwähnt. Aber damit nicht genug. Johnny war in der Wendezeit der Mitbegründer der neu organisierten SPD in seinem Heimatkreis und arbeitete dann ab 1998 bis zu seiner Pensionierung engagiert für seine jungen Schützlinge in der Ambulanten Erziehungshilfe im Umland von München, einer Abteilung der Evangelischen Kinder- und Jugendhilfe Feldkirchen. Er hat sein kritisches Denken und Handeln beibehalten und prangert in unserem Land alte und neue Missstände an. Möge dieses Buch den Lesern einen etwas anderen Einblick in die Zeit der politischen Wende geben und ihnen die Augen öffnen, wie schnell Altes vergessen wird und alte Genossen versuchen, das Rad der Geschichte zurück zu drehen. Burgberg im August 2020 Dr. Michael Schubert



ISBN 978-3-87336-715-9
DIN A5 KB, 180 S., 16,80 €